



Keine Öffentlichkeit zu Menschenrechtsverletzungen erwünscht

Anfang Juni 2021 hinderte die Bundespolizei Teile einer „Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan“ an deren Ausreise in das durch türkische Besatzung betroffene Gebiet in Südkurdistan.

Hand in Hand mit dem Erdogan-Regime und dessen regionalen Komplizen bemüht sich die deutsche Regierung, jede Solidarität mit dem Widerstand der Kurd*innen zu verhindern. Denn die 17 Teilnehmer*innen aus 14 Ländern wollten die Auswirkungen des andauernden Krieges, in dessen Verlauf Dörfer zerstört und Zivilist*innen getötet wurden und werden, dokumentieren und thematisieren und mit ihrer politischen Unterstützung zivilgesellschaftliche Friedensinitiativen in der Region stärken.

Die deutsche Regierung weiß, dass das Erdogan-Regime bei vielen Menschen hier aufgrund seiner zahlreichen systematischen Menschenrechtsverletzungen auf Ablehnung stößt. Man befürchtet, dass Solidarität mit der Kurdischen Bewegung „die Beziehungen zur Türkei weiter negativ belasten“¹⁾ könne.

In einer Veranstaltung am

**Dienstag, 27. Juli 2021, 19.00 Uhr,
im Rondell im Bürgerpark Saarbrücken**

werden wir über die türkische Besatzung in Kurdistan und die geopolitischen Hintergründe sprechen.

Marlene Förster vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden, und Mitglied der Delegation, wird über ihre Erfahrungen vor Ort berichten.

¹⁾ Aus der Ausreiseuntersagung der Bundespolizei

Saarbrücken, 23. Juli 2021

Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V. - St. Johanner Straße 66 - 66115 Saarbrücken
www.kgz-saar.de – info@kgz-saar.de

Kontakt: Dilan Akdogan, 01520 3 17 24 23